



Fachbereich WD 1

Der Reichsparteitag der NSDAP in Weimar 1926

Der Reichsparteitag der NSDAP in Weimar 1926

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 017/26
Abschluss der Arbeit: 23. Juni 2026
Fachbereich: WD 1: Fachbereich Geschichte, Politik und Kultur

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung	4
2.	Ausgangslage: Thüringen und die NSDAP 1926	4
2.2.	Vom Verbot zur Neugründung: Die NSDAP Mitte der 1920er Jahre	4
2.3.	Thüringen in der Weimarer Republik	6
3.	Ereignis: Der Reichsparteitag der NSDAP 1926 in Weimar	7
4.	Fazit und Ausblick: Die Bedeutung des Weimarer Reichsparteitages von 1926	10

1. Vorbemerkung

Auftragsgemäß werden im Folgenden der historische Hintergrund des Reichsparteitages der NSDAP 1926 in Weimar und dessen Bedeutung in der Geschichte des Nationalsozialismus dargestellt. Eine eigenständige wissenschaftliche Studie liegt dazu bislang nicht vor, die Ausführungen stützen sich auf Aufsätze und auf Hinweise in Gesamtdarstellungen zur Geschichte der NSDAP und des Nationalsozialismus.¹

2. Ausgangslage: Thüringen und die NSDAP 1926

2.2. Vom Verbot zur Neugründung: Die NSDAP Mitte der 1920er Jahre

Der Nationalsozialismus war, wie der österreichische Historiker Kurt Bauer bilanziert, „eine Ausgeburt der Krise“: „In der Krise nach dem Ersten Weltkrieg wurde er geboren, in der Krise von 1923 wuchs er zu bedrohlicher Größe heran, in der Krise der Weltwirtschaft ab 1929 stieg er schier unaufhaltsam zur größten und stärksten Partei auf.“² In der Epoche dazwischen, von 1924 bis 1928, war die NSDAP hingegen eine in der breiten Öffentlichkeit wenig beachtete Kleinpartei, die NS-Bewegung in der deutschen Politik „nur ein Ärgernis am Rande“ (Ian Kershaw).³

Nach dem Scheitern des „Hitler-Putsches“ vom 8./9. November 1923 war die Partei verboten und Adolf Hitler zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg verurteilt worden – aus der er allerdings bereits nach knapp neun Monaten wieder entlassen wurde. Die NSDAP befand sich Mitte der 1920er Jahre in einer Phase der Wiedergründung und organisatorischen Konsolidierung. Hitler vollzog dazu einen Strategiewechsel hin zur „Legalitätstaktik“: Statt eines gewaltsamen Staatsstreichs sollte nun das politische System von innen heraus zersetzt werden, um im Rahmen der Verfassung die Macht zu erringen. Erst diese strategische Neuausrichtung hatte die Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern und die Neugründung der Partei 1925 ermöglicht.

Der Kurswechsel blieb nicht unumstritten in einem zersplitterten völkischen Lager, das seit den Münchner Ereignissen 1923 und der Leerstelle, die Hitlers anschließende Haftzeit hinterließ, von Flügelkämpfen geschwächt war. Dabei kamen persönliche Differenzen unter den führenden, um Hitlers Gunst buhlenden Nationalsozialisten und regionale Spannungen, insbesondere zwischen

¹ Die Reichsparteitage nach 1926 fanden alle in Nürnberg statt. Siehe dazu Zelnhefer, Siegfried: Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feiertag, Nürnberg 1991. Die Dissertation richtet den Blick vor allem auf die Parteitage nach der Machtübernahme 1933. Die Treffen in der Weimarer Republik werden nur knapp skizziert. 2002 wurde die Schrift noch einmal als Band 2 der Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände herausgegeben. Die knappen Ausführungen zum Weimarer Parteitag darin auf den S. 25-29.

² Bauer, Kurt: Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 129.

³ Ebd.; Ian Kershaw: Hitler 1889-1936, München 2002, S. 333.

der Parteizentrale in München und der „Arbeitsgemeinschaft Nord-West“ als erster regionalen Fraktion der Partei, zum Tragen.⁴

In der Wissenschaft wird für die weitere Entwicklung der Partei die Bamberger Führertagung am 14. Februar 1926 hervorgehoben. Denn danach bildete der in Norddeutschland starke sogenannte linke Flügel um die Brüder Otto und Gregor Strasser, dem zu dieser Zeit auch Joseph Goebbels nahestand, kein Gegengewicht mehr zur Parteizentrale in München, wie Heinrich August Winkler das Ergebnis dieser Zusammenkunft resümiert.⁵ Vielmehr wurde ein Weg eingeschlagen, bei dem sich die Partei fortan nicht vorrangig einem Programm unterordnete. Es entstand „eine neuartige politische Organisation, die dem Willen des ‚Führers‘ unterworfen war, der über der Partei stand und in eigener Person die ‚Idee‘ des Nationalsozialismus verkörperte.“ (Ian Kershaw). Die Bamberger Führertagung im Vorfeld des Weimarer Reichsparteitags wurde damit zum „Meilenstein in der Entwicklung der NSDAP“.⁶ Der Schub zur ‚Führerpartei‘, einer „von innerparteilicher Diktatur gekennzeichneten Organisation“, ist davon gekennzeichnet, dass das „strikte Akzeptieren aller Entscheidungen der NSDAP-Führer und vor allem des ‚Führers‘ auf jeder Stufe der Parteihierarchie durchgesetzt wird. [...] Die prinzipielle Ablehnung der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus bedingte antidemokratische Leitungsstrukturen, die aggressiven und expansionistischen Bestrebungen der Partei verboten nahezu von selbst auch jede Form innerparteilicher Diskussion.“⁷

Hitlers Einschwenken auf den „Legalitätskurs“ hatte einen Neustart der Partei erst ermöglicht. Gleichwohl agitierte er bereits bei der Gründungsversammlung am 27. Februar 1925 in München in einer Weise gegen Juden und Marxisten, die Republik und den Friedensvertrag von Versailles, dass sich die bayerische Landesregierung dazu veranlasst sah, am 9. März 1925 ein öffentliches Redeverbot auszusprechen.⁸ Für die auf die Rhetorik Hitlers zugeschnittene Partei bedeutete das ein Problem, zumal sich diesem Verbot zahlreiche andere Länderregierungen, u.a. in Preußen, Sachsen und Hessen, anschlossen (die Aufhebung erfolgte erst im März 1927, in Preußen im September 1928). Der Partei war so ihr wichtigstes öffentliches Propagandainstrument genommen. Untersagt blieben jedoch nicht Auftritte Hitlers in geschlossenen Parteiversammlungen. Und: In manchen Ländern galt das Redeverbot nicht – dazu zählte neben Württemberg, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin auch Thüringen.⁹

4 Kellerhoff, Sven Felix: Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017, S. 125.

5 Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd.1, München 2000, S. 476.

6 Kershaw, a.a.O., S. 357. Siehe zur Bamberger Führertagung auch Orlow, Dietrich: The History of the Nazi Party, Volume I, 1919-1933, Newton Abbot 1971, S. 68ff: „Forced to choose between two program approaches, Hitler chose a third alternative: he mythologized his own person into a program.“ (hier S. 69).

7 Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, Köln 2009, S. 102.

8 Laut bayerischem Innenminister hatte Hitler „in nicht zu missverstehender Weise“ versucht, „die Massen zu Gewalttätigkeiten aufzupeitschen oder doch auf solche Gewaltakte vorzubereiten“. Vgl. Kellerhoff, a.a.O. S. 118.

9 Kirsten, Holm: „Weimar im Banne des Führers“. Die Besuche Adolf Hitlers 1925-1940, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 21.

2.3. Thüringen in der Weimarer Republik

Das im Zusammenschluss von ehemals sieben Fürstentümern 1920 neu entstandene Land Thüringen war bis zum Ende der Weimarer Republik gekennzeichnet von einer anhaltend fragilen und instabilen politischen Lage. Mit Ausnahme einer Legislatur endeten alle Wahlperioden vorzeitig.¹⁰ Auf die frühen sozialistischen Regierungsjahre folgten ab 1924 bürgerlich-konservative Minderheitsregierungen, die am Ausgang des Jahrzehnts in die Endphase der parlamentarischen Demokratie auch in Thüringen mündeten.

Die Landesgründung war 1920 in einem äußeren Konsens zwischen Rätebewegung, politischen Reformkräften und Wirtschaftsverbänden erfolgt. Darunter wirkte in dem Land allerdings eine besonders „scharfe Trennung und gleichzeitig räumliche Verdichtung ‚archaischer‘ und ‚moderner‘ Entwicklungsstränge“ weiter: „Den sozialistisch-linksbürgerlichen Landesgründern und Reformkräften standen die Beharrungskräfte der alten Eliten und ein wachsender ‚Extremismus der bürgerlichen Mitte‘ gegenüber. Die Kleinräumigkeit der Verhältnisse führte zur Verdichtung und Radikalisierung. Aus dieser Polarisierung erklärt sich der Haß, der während des Landesgründungsprozesses zu dem beiderseits als Klassenkampf verstandenen, offenen Bürgerkrieg und zur Intervention des Reiches führte.“¹¹ Im Krisenjahr 1923 wurde Thüringen neben Sachsen zum „Experimentierfeld kommunistischer Pläne“ (Gunther Mai). Als Reaktion auf die monarchistisch-völkischen Putschpläne in München mobilisierten in Thüringen Kommunisten, es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, schließlich zum Sturz der Regierung. Doch die Nachfolgeregierung, der neben Sozialdemokraten nun auch Kommunisten angehören, wurde im November vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert abgesetzt (Reichsexekution).¹²

Charakteristisch für die Thüringer Politik war, so Gunther Mai, eine aus Verbitterung über den revolutionär-sozialistischen Regierungskurs der ersten Jahre tiefsitzende Aversion bürgerlich-konservativer Kreise gegen die Parteien der Arbeiterbewegung, was im Unterschied zu anderen Ländern und der Reichsebene ein konstruktives Miteinander oder gar eine Koalitionsbildungen mit der SPD unmöglich machte.¹³ Die daraus erwachsende anhaltende Pattkonstellation aus jeweils für sich nicht mehrheitsfähigen Lagern muss dem Historiker Gunther Mai zufolge als „eines der markantesten Merkmale der Thüringer Situation dieser Jahre angesehen werden, die den radikalen Parteien, zunächst der KPD und dann der NSDAP, einen erheblichen Einfluß auf die Landespolitik eröffnete“. ¹⁴ In einem tief verunsicherten, ressentimentgeladenen Bürgertum, dessen

10 Siehe Thüringer Landtag (Hrsg.): Zwischen Landesgründung und Gleichschaltung. Die Regierungsbildungen in Thüringen seit 1920 und das Ende der parlamentarischen Demokratie 1932/33 (= Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Band 18), Erfurt 2001.

11 Mai, Gunther: Thüringen in der Weimarer Republik, in: Ders./Heiden, Detlev: Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“, Erfurt 1996, S. 11-40, hier S. 15.

12 Siehe zum Kapp-Lüttwitz-Putsch und der Entwicklung in Thüringen: Ebd. 17f.

13 Ebd. S. 23. Grundlegend zum Bürgertum in Thüringen: Matthiesen, Helge: Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918-1930, Jena 1994. Vgl. zur Radikalisierung des Bürgertums in den 1920er Jahren: Ders.: Das Gothaer Bürgertum und der Nationalsozialismus 1918-1930, in: Mai/Heiden, a.a.O., S. 97-118, hier 104ff.

14 Mai, a.a.O., S. 20.

Berührungsgängste zur SPD spätestens nach den Ereignissen im Krisenjahr 1923 größer waren als zu völkischen Gruppierungen, wurde 1924 – erstmals im Deutschen Reich – eine bürgerlich-konservative Landesregierung mit Tolerierung durch eine völkische Tarnliste der verbotenen NSDAP ins Amt gewählt.

Der so von nationalsozialistischer Unterstützung abhängige „Thüringer Ordnungsbund“ (TOB) als Zusammenschluss u. a. der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), des Zentrums und der deutschnationalen DNVP hob, so Gunther Mai, bisherige Reformansätze wieder auf, schloss Reformkräfte systematisch aus der Landesverwaltung und Landespolitik aus und schwächte damit frühzeitig das republikanische Potential im Land: „Arthur Dinter, der Fraktionsvorsitzende des Völkisch-Sozialen Blocks, der als Auffangorganisation für die verbotene NSDAP diente, konnte als Bedingung für die Tolerierung der Ordnungsbund-Regierung sowohl die Entlassung liberaler und jüdischer Minister und Beamter als auch die Aufhebung des seit 1922 geltenden NSDAP-Verbots im Lande erreichen. Thüringen wurde derart nach dem gescheiterten Hitler Putsch 1923 zu einem der wichtigsten Fluchträume für die verbotene NSDAP.“¹⁵

Insofern ist es auch kein Zufall, dass 1926 der erste Reichsparteitag der NSDAP nach ihrer Wiederbegründung in Weimar stattfand. Hitler hatte die Stadt zuvor bereits 1925 mehrfach besucht und dort Reden gehalten, u.a. begegnete ihm hier im Juli 1925 wohl erstmals Joseph Goebbels. Zu diesen Veranstaltungen schreibt der Historiker Donald R. Tracey: „Georg Sattler, der Thüringer Innenminister, blieb vorsichtig und gab seine Zustimmung zu öffentlichen Auftritten Hitlers erst, nachdem [zugesichert worden war, der Verf.], dass dieser das Republikschutzgesetz beachten werde, das direkte Angriff auf die Republik und ihre Amtsträger untersagte. Hitlers Veranstaltungen wurden sorgfältig überwacht, und dieser blieb in seinen öffentlichen Äußerungen moderat vorsichtig und unauffällig, um keinen Anlaß zur Fortsetzung der Restriktionen und Redeverbote zu liefern. Hitlers Wiederaufnahme solcher öffentlichen Auftritte legt nahe, dass Thüringen dank der Einflussnahme der völkischen Landtagsfraktion und der relativen Toleranz seitens der Ordnungsbundregierung für die NSDAP 1925 offenbar ein besseres Pflaster als Bayern war.“¹⁶

Weimar wurde damit zur „Probephühne und Aufmarschbasis“ (Holm Kirsten) der Nationalsozialisten.¹⁷

3. Ereignis: Der Reichsparteitag der NSDAP 1926 in Weimar

Die Weimarer Propagandaveranstaltung am 3./4. Juli 1926 war in der Geschichte der NSDAP bereits der zweite Reichsparteitag, bedeutete aber die erste große Zusammenkunft der

15 Mai, a.a.O., S. 20.

16 Tracey, Donald R.: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930, in: Mai/Heiden, a.a.O., S. 49-73, hier S. 62.

17 Kirsten, a.a.O., S. 20. Hier auch Hinweise auf damalige Überlegungen, den Sitz der NSDAP nach Thüringen zu verlegen. Vgl. dazu auch Tracey, a.a.O., S. 62. Bereits seine erste Rede außerhalb Bayerns, am 22. März 1925, hielt Hitler in Weimar. Der Hinweis auf die Begegnung mit Goebbels bei Kirsten, a.a.O., S. 24.

Nationalsozialisten seit dem Verbot der Partei und der Entlassung Hitlers aus der Haft.¹⁸ Sie bot die Bühne zur „Demonstration der Einigkeit hinter dem Führer“ (Ian Kershaw), bei der sich Hitler „ein Bild disziplinierter Kraft“ und „ein[en] sichtbare[n] Beweis für die wiedererlangte innere Gesundheit der Bewegung“ erwartete.“¹⁹

Weimar als Tagungsort war neben seiner für die aus allen Regionen anreisenden Nationalsozialisten zentralen Lage im Reich und der oben geschilderten politischen Konstellation Thüringens auch symbolpolitisch bedeutsam: Im Nationaltheater der Stadt war 1919 die Reichsverfassung ausgearbeitet und verabschiedet worden. Weimar war damit Synonym der in der völkischen Bewegung verhassten Republik mit ihrer parlamentarischen Demokratie. In einer 1936 erschienenen Jubiläumsschrift hieß es noch rückblickend: „Das Deutsche Nationaltheater (...), einst der Schauplatz für die sogenannte Nationalversammlung und Versailler Schandvertragsgenossen, öffnete damals zum ersten Male dem Führer und der Bewegung seine Pforten, und schon durch den ersten Kongreß dieser festlichen Tage wurde die Schande des Hauses von 1919 ausgelöscht.“²⁰

Über das Genehmigungsverfahren für den Parteitag gerade an diesem Ort ist in der Literatur zu lesen: „Bereits Ende April war ein persönliches Gesuch Hitlers um Überlassung des Nationaltheaters beim Thüringischen Volksbildungsministerium eingegangen. Stiller, wenn nicht sogar offener Sympathien der Landesregierung durfte sich Hitler sicher sein, denn vermutlich auf dieses Schreiben hin modifizierte das Staatsministerium bisherige Beschlüsse, die die Nutzung der Landestheater ausschließlich zu kulturellen Zwecken vorsahen, und legte fest, ‚daß die Theater auch zu Veranstaltungen wirtschaftlicher oder politischer Art gegen Vergütung zur Verfügung gestellt werden dürfen‘. Dem Protest der SPD-Landtagsfraktion, ‚die Stätte, an der die Weimarer deutsche republikanische Verfassung geschaffen wurde, Leuten zu überlassen, die wegen versuchten Hochverrats gegen diese Verfassung verurteilt worden sind‘, begegnete das Volksbildungsministerium lapidar, daß es sich bei der von Herrn Hitler beantragten Veranstaltung um die geschlossene Tagung eines Verbandes handele, deren Gegenstand ‚mit dem Charakter des Theaters als staatliches Gebäude vereinbar‘ sei. Die offizielle Begründung, die ‚Erzielung höherer Einnahmen‘, die man dringend benötige und die man sich von einer Vermietung verspreche, dürfte vorgeschoben gewesen sein, denn die Mieteinnahmen von 1.500 RM entsprachen der derzeit üblichen Entschädigung für eine ausgefallene Schauspielforstellung.“²¹

Zu den Teilnehmern des Parteitags zählten neben Adolf Hitler u. a. Alfred Rosenberg, Rudolf Heß, Heinrich Himmler, Wilhelm Frick, Gregor Strasser, Julius Streicher und Joseph Goebbels – ein Großteil der späteren Parteiführung im „Dritten Reich“. Die Teilnehmerzahl betrug nach

18 In der Parteihistorie ist Weimar nach der ersten Versammlung vom 27. bis 29. Januar 1923 in München offiziell der zweite Parteitag. Alle folgenden Parteitage (III.-X.) fanden dann von 1927 bis 1938 in Nürnberg statt. Holm Kirsten zufolge hatte die Münchner Parteileitung 1926 zunächst mit Jena als Veranstaltungsort geplant und erst wegen der günstigeren Bedingungen, vor allem den Versammlungsräumen in passender Größe, dann Weimar bestimmt. (Kirsten, a.a.O. S. 28.)

19 Zit. nach Kershaw, a.a.O., S. 358.

20 Zit. nach Kirsten, a.a.O., S. 27f.

21 Ebd. S. 28.

Polizeiangaben 7.000 bis 8.000 Personen, darunter rund 3.600 SA-Mitglieder und 116 Angehörige der SS.

Wie beim ersten Parteitag 1923 in München strukturierten Aufmarsch, Umzug, Appell und Kongress die beiden Tage. Es dominierten neben den Reden Fahnenweihen, Treuegelöbnisse und der Vorbeimarsch am „Führer“.²² Programmpunkte, die Debatten über die Programmatik zugelassen hätten, waren nicht vorgesehen, Anträge aus den Orts- und Kreisgruppen wurden in Sondertagen verwiesen.²³ „Damit war für diesen Parteitag eine Zwischenform auf dem Weg zum späteren straffen ‚Führer-Staat‘ gefunden: Anträge wurden wohl zugelassen, allerdings durfte keine lange Diskussion entstehen, die den Eindruck von innerparteilicher Schwäche aufkommen ließe.“²⁴ Im Zentrum stand die Rede Hitlers, zu der Goebbels in seinem Tagebuch notierte: „Tief und mystisch. Fast wie ein Evangelium. Schaudernd geht man mit ihm an den Abgründen des Seins vorbei.“²⁵

Parallel fanden fünf Sondertagen statt, darunter eine „über Schulfragen und Jugendorganisation“, bei der man sich auf Vorschlag des fränkischen Gauleiters Julius Streicher für eine zukünftige einheitliche Parteijugendorganisation auf den Namen „Hitler-Jugend, Bund deutscher Arbeiterjugend“ einigte.²⁶ Diese Entscheidung unterstreicht den Hitler huldigenden, ganz auf den Führerkult ausgerichteten Charakter des Parteitags. Er kam noch einmal zum Tragen, als am Nachmittag tausende aus ganz Deutschland angereiste Mitglieder und Anhänger der NSDAP in einem von Hitler angeführten Demonstrationzug durch die Weimarer Innenstadt zogen und bei einer Kundgebung auf dem Marktplatz Formationen der SA und SS mit dem sogenannten „Deutschen Gruß“ an Hitler vorbeimarschierten. Der nahm aus seinem Auto heraus die Parade mit dem erhobenen rechten Arm ab. Öffentlich zu reden, hatte ihm Weimars Oberbürgermeister Walther Felix Mueller untersagt.²⁷

22 Der Ablauf der beiden Tage ist beschrieben bei Zelnhefer, Siegfried: Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg (= Band 2 der Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände), Nürnberg 1991, S. 26 ff. und Kirsten, a.a.O., S. 26ff.

23 Kirsten zufolge hatte Hitler in den Richtlinien zum Reichsparteitag ausgeführt, dass „auch diese Veranstaltung den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft“ der nationalsozialistischen Bewegung erhalten solle. Um unliebsame Diskussionen zu vermeiden, habe er weiter festgelegt: „Gleich früher soll auch diesmal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung auf einem solchen Wege und in einem solchen Rahmen weder möglich, noch von Dauer sein würde.“ Die zahlreichen Anfragen aus den Ortsgruppen seien von Hitler deshalb an Sonderkommissionen verwiesen worden, um jede, auch nur den leisesten Hauch von Kritik tragende Diskussion von vornherein auszuschließen (Kirsten, a.a.O., S. 27).

24 Zelnhefer, a.a.O., S. 28.

25 Der Tagebucheintrag zu Weimar in: Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I Aufzeichnungen 1923-1941, Band 1/II Dezember 1925-Mai 1928, München 2005, S. 102 f., das Zitat: S. 103.

26 Kirsten, a.a.O., S. 29.

27 Ebd., S. 31.

Der Parteitag wurde von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet, bei denen ein Polizist an den Folgen von Schussverletzungen starb. Der Stadtrat von Weimar untersagte daraufhin der NSDAP das Abhalten von weiteren Parteitag in der Stadt.²⁸

4. Fazit und Ausblick: Die Bedeutung des Weimarer Reichsparteitages von 1926

Der Weimarer Parteitag vom Juli 1926 gilt als richtungsweisend für alle darauf folgenden Versammlungen. Er gab „aufschlußreiche Einblicke in Struktur und Programm der Partei: Keine Kritik, keine öffentlichen Debatten, stattdessen szenische Selbstdarstellung und pseudoreligiöse Rituale zur Demonstration von Harmonie zwischen dem Führer und seinen Anhängern. In Weimar wurde erstmals die Suggestivkraft äußerer Attribute (Aufmärsche, Uniformen, ‚Blutfahne‘, Standartenweihe, Hitlergruß) erprobt, die sich, wie die Zukunft zeigen sollte, als erfolgsträchtige Instrumentarien der Massenmanipulation erweisen sollten.“²⁹ Der Öffentlichkeit wurde damit der Entwicklungsprozess der Partei seit ihrer Neukonstituierung als eine faschistische Organisation demonstriert. Die „Übereinstimmung zwischen der Programmatik der Partei und dem absoluten Führungsanspruch Hitlers, zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und den Hitlerschen Ideen“ kam erstmals vollends zum Ausdruck, ebenso die Tendenz einer „zunehmend kultische Formen aufweisenden Verehrung des ‚Führers‘“.³⁰

28 Ausführlich zu den Gewalttaten Kirsten, a.a.O. S. 31f.: „Am Rande der zweitägigen Veranstaltung kam es zu mehreren, teilweise blutigen Auseinandersetzungen zwischen Veranstaltern, Teilen der Bevölkerung und der Polizei. Zahlreiche, zum Teil prominente Einwohner Weimars wurden von Nationalsozialisten als Juden diffamiert, belästigt und tödlich angegriffen. Bei der Polizei gingen mehrere Anzeigen von Frauen und Mädchen ein, die wegen ihres ‚Bubikopfes‘ beleidigt wurden. Bereits am Freitagabend wurden zwei ‚Bau-Schüler‘ vor dem Kaiser-Café verprügelt. Als Täter wurde unter anderem Julius Streicher ermittelt. Am nächsten Morgen kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß zwischen Parteitagsteilnehmern und Polizeibeamten. Als Rädelführer trat der Diplomingenieur Kurt Dalugue in Erscheinung. In der Nacht von Sonnabend zum Sonntag versuchten SA-Trupps mehrfach das Volkshaus zu stürmen, in dem sich Rotfrontkämpfer für die Zeit des Parteitages versammelt hatten. Unmittelbar nachdem eine Gruppe auswärtiger Nationalsozialisten am Sonntagnachmittag einen Landarbeiter verprügelt und bis in seine Wohnung in der Windischenstraße verfolgt hatte, erschien Gregor Strasser auf der Polizeihauptwache und entschuldigte sich für die Ausschreitungen im Namen Hitlers, der vermutlich von einem Fenster seines Hotels den Vorfall beobachtet hatte. In der Nacht wurden in der Bahnhofshalle die Personalien des Kasseler Rechtsanwalts Roland Freisler festgestellt, der die um ihn versammelten Nationalsozialisten gegen anwesende Polizisten aufhetzte. Kurz nach 3 Uhr kam es zum folgenschwersten Zwischenfall dieser Tage. In Bahnhofsnähe wurde der Polizeiwachtmeister Paul Schmidt von einem unbekannten Täter mit Hakenkreuzbinde angeschossen und erlag wenige Tage später seinen schweren Verletzungen.“

„Der Stadtrat ist der Ansicht, daß durch Abhalten solcher Tagungen mit solchen Auswirkungen das Kulturniveau Weimars außerordentlich sinken muß, was weiter eine schwere Schädigung unserer Geschäftswelt nach sich zieht.“ Zit. nach Kirsten, a.a.O., S. 32. Dort heißt es weiter: „Zwei Tage später ging ein Protestschreiben der Generalintendanz des DNT beim Volksbildungsministerium ein, in dem die Forderung laut wurde, ihr durch den Parteitag entweihtes Haus künftig nicht mehr für politische Zwecke mißbrauchen zu lassen. Auch die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag prangerte den Beschluß an, das Theater für politische Veranstaltungen derartiger Provenienz freigegeben zu haben.“

29 Kirsten, a.a.O., S. 33.

30 Pätzold /Weißbecker, a.a.O., S. 103. Dietrich Orlow formuliert zurückhaltender: „the atmosphere at the congress presents a rudimentary foretaste of an all-pervasive Führerprinzip.“ (Orlow, a.a.O., S. 74).

Der Parteitag in Weimar hatte zwar noch nicht die inszenatorische Überwältigungskraft der späteren Nürnberger Jahre und die NSDAP blieb als eine Krisengewinner-Partei in der Phase der relativen Stabilisierung der Republik zunächst ohne durchschlagenden Erfolg in der breiten Öffentlichkeit (bei der Reichstagswahl 1928 erzielte sie 3,7 Prozent in Thüringen und 2,6 Prozent im Reich). Allerdings bedeutete Weimar für die weitere Entwicklung der NSDAP zur „Führerpartei“ eine wichtige Wegmarke – und innerhalb des völkischen Spektrums eine Zäsur: Hitler und die NS-Bewegung waren zum „focal point of the German extreme right“ (Dietrich Orlow) aufgestiegen.³¹ Kershaw zufolge sollte deshalb „die Bedeutung dieser ‚Jahre in der Wüste‘ zwischen 1924 und 1929 als grundlegende Vorbereitung auf den späteren triumphalen Aufstieg Hitlers und der NS-Partei“ auch nicht unterschätzt werden.³²

Thüringen blieb für die Entwicklungsgeschichte des Nationalsozialismus von besonderer Bedeutung. Im Januar 1930 wurde mit Wilhelm Frick erstmals ein Nationalsozialist Minister in einer deutschen Landesregierung. Die Partei konnte beweisen, nicht nur radikale Forderungen zu formulieren, sondern diese auch umzusetzen. Der Historiker Steffen Raßloff verweist darauf, dass vieles, was die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme 1933 im Großen durchzogen, von Frick bereits als Minister in Thüringen im Kleinen ausprobiert wurde: „Wie entferne ich etwa Juden und Sozialdemokraten aus der Beamtenschaft? Wie setze ich den nationalsozialistischen Kulturbegriff um? Thüringen war für solche Dinge ein Probelauf.“³³ Die Koalitionsbeteiligung 1930 war für die NSDAP zudem von hoher symbolischer Bedeutung, wie auch Holm Kirsten betont, denn sie war nun keine unbedeutende, von Verboten bedrohte Protestpartei mehr: „In Thüringen war sie auf ganz legalem Wege Regierungspartei geworden.“³⁴

³¹ Kershaw, a.a.O., S. 359. Orlow, a.a.O., S. 75.

³² Kershaw, a.a.O., S. 335.

³³ Zit. nach Hillenbrand, Klaus: Nazis an der Macht in Weimar, in: taz, 7. September 2024.

³⁴ Kirsten, a.a.O., S. 35.